

# Frankreichs Kollaborationsperiode und Österreichs NS-Ära Eine quasi spiegelverkehrte Geschichte und ihre Folgen

Danny Leder

Gehe ich in Paris an einer Schule vorbei, gleitet mein Blick fast schon automatisch auf die beidseitigen Flächen neben dem jeweiligen Eingang. In den letzten zehn Jahren ist es dabei kaum mehr vorgekommen, dass ich nicht fündig würde. Vor allem im volkstümlichen Pariser Nordosten, der mir geläufigsten Gegend, hängen sie ausnahmslos neben den Schultoren: die schwarzen Steintafeln, die an die Kinder jüdischer Familien erinnern, die in die Vernichtungslager deportiert wurden.

Die Inschriften entbehren jeder dubiosen Rücksichtnahme: da ist von Kindern die Rede, „*die in Auschwitz ermordet wurden, weil sie als Juden geboren wurden*“. Und jedes Mal heißt es: „*Sie wurden von der Polizei der Vichy-Regierung festgenommen*“. Über das französische Kollaborationsregime, das vom Kurort Vichy aus regierte, besagen die eingemeißelten Lettern, dass es „*die Nazibesatzer in ihrem barbarischen Irrsinn unterstützte*“. Im Inneren der Schulgebäude stößt man auf noch größere Mahntafeln, die die Namen sämtlicher deportierter Schüler auflisten.

Das war nicht immer so. Zwar wurden nach der Befreiung Frankreichs antijüdische Einpeitscher, darunter prominente Intellektuelle, vor Gericht gestellt und hingerichtet, die Verwicklung des Behördenapparats in die Deportation der Juden blieb aber lange tabu. Fotos aus Internierungslagern, in denen Juden zusammengepfercht worden waren, wurden nachretuschiert: französische Gendarmen an ihrem typischen, runden „*Képi*“ erkennbar, sollten nicht als Lagerbewacher aufscheinen. Die Verbrechen der Okkupation waren gemäß dieser Lesart das alleinige Werk der deutschen Besatzer und einer Clique von Landesverrätern.

## **Die Rettung der Mutter**

Aber diese verharmlosende Darstellungsweise der Kollaborationsperiode, auf die Kommentatoren in Österreich und Deutschland noch immer anklagend verweisen, ist längst obsolet. Frankreichs Öffentlichkeit hat seit mindestens drei Jahrzehnten mit diesen Tabus gründlich aufgeräumt. So wie im Übrigen auch die herkömmliche deutsch-österreichische Lesart der französischen Kollaboration einen untauglichen Versuch zur Schuldentlastung darstellt.

Wohl stimmt es, dass 76.000 Juden aus Frankreich in die Vernichtungslager in Osteuropa deportiert werden konnten, weil ein beträchtlicher Teil des französischen

Behördenapparats, vor allem Justiz und Polizei, den NS-Besatzern beflissene Hilfe leistete. Auch hatte das Kollaborationsregime unter Feldmarschall Philippe Pétain, gestützt auf eine lange antijüdische Tradition des französischen Katholizismus, leichtes Spiel, erste Diskriminierungsmaßnahmen gegen Juden zu ergreifen, und zwar noch bevor dies von den deutschen Besatzern verlangt wurde. Außerdem gingen 3000 jüdische Flüchtlinge in französischen Internierungslagern zugrunde.

All dem steht freilich gegenüber, dass drei Viertel aller Juden, die sich in Frankreich während des Kriegs aufhielten, überleben konnten. Das ist einer der höchsten Anteile an Geretteten in Europa, wie der Anwalt Serge Klarsfeld, der konsequenteste Betreiber der juristischen Aufarbeitung der Judenverfolgung in Frankreich, nicht müde wird zu betonen. Dabei stammte die Mehrheit der Juden aus dem Ausland. Sie waren also leicht an ihrem Akzent zu erkennen. Die meisten konnten ihren Häschern trotzdem entkommen, weil es eben doch – verhältnismäßig – wenige Denunziationen gab. Auch konnten Frankreichs Faschistengruppen keine auch nur annähernd mit dem Klima in Österreich vergleichbare antijüdische Massenhysterie erzeugen. Diese Fakten fand ich auch durch die Erfahrungsberichte der mir persönlich bekannten jüdischen Emigranten bestätigt, darunter meiner eigenen Mutter, die auf der Flucht aus Österreich mit ihrer Familie 1939 nach Frankreich gelangt war.

Mehr noch: Ein Teil des zutiefst antijüdisch geprägten katholischen Klerus, der anfänglich die Diskriminierung der Juden sogar begrüßt hatte, änderte spätestens 1942 seine Haltung. Als sich die Razzien auf die so genannte „freie Zone“ (das südöstliche Viertel Frankreichs, bis November 1942 unbesetzt und vom französischen Kollaborationsregime alleine verwaltet) ausdehnten, legten die Erzbischöfe von Lyon und Toulouse Protest ein. In den Kirchen wurden Hirtenbriefe verlesen, die, wenn man sie zur selben Zeit von den deutschsprachigen Kanzeln im Herzen des NS-Reichs vernommen hätte, möglicherweise zahllose Leben gerettet hätten. Diese Reaktionen waren umso bedeutsamer, als der katholische Klerikalismus zum ideologischen Kern des Kollaborationsregimes gehörte (ähnlich wie bei der Ständestaatsdiktatur in Österreich).

Ohne Anspruch auf Verallgemeinerung halte ich doch die Erlebnisse meiner Mutter, Renée Wittels, für erwähnenswert: Sie war als 16jährige, in Begleitung ihres jüngsten Bruders (damals fünf Jahre) und ihrer Mutter, nach der Flucht aus Österreich durch Frankreich geirrt, bevor sie 1942 in Thonon-les-Bains, knapp vor der Schweizer Grenze, von einem französischen Gendarmerietrupp aufgegriffen wurde. Der befehlshabende Offizier verzichtete aber, unter großem persönlichem Risiko, auf die Auslieferung an die deutschen Besatzer und übergab sie der Obhut eines jungen Richters. Dieser sollte sich in der Folge als frommer Katholik zu erkennen geben, der unter Berufung auf seinen Glauben die Judenverfolgung als Sünde bezeichnete. Der Richter brachte die Flüchtlinge in einem katholischen Kloster unter, nachdem er sie vorher ausdrücklich gefragt hatte, ob sie das „nicht stören“ (!) würde. Bis knapp vor der Befreiung blieben sie in dem Kloster versteckt. Als in den letzten Kriegstagen deutsche Truppen das Gebäude beschlagnahmten, verteilten sich die Ordensschwester mit ihren

Schützlingen auf die Häuser der Nachbarn, wobei bis zuletzt alle involvierten Personen beträchtliche Gefahren auf sich nahmen.

Bei der protestantischen Minderheit, die sich traditionell der Anfeindungen der klerikal-katholischen Rechten erwehren musste und schon deswegen dem Pétain-Regime misstrauisch gegenüberstand, gewährten ganze Dörfer in Südfrankreich Tausenden Juden Unterschlupf.

### **„Plötzliches Mitleid der meisten Einwohner für die Israeliten“**

Der Haltungswandel eines Teils der katholischen Kirche beruhte auf einer Welle der Entrüstung in der Bevölkerung. Ab August 1942, so geht aus damaligen Behördenberichten hervor, kippte in allen Regionen der – damals noch – unbesetzten Zone die Stimmung von Misstrauen und Gleichgültigkeit gegenüber den Juden zugunsten eines manifesten Mitgefühls. Dabei vermengte sich der aus eigenen Entbehrungen und Erniedrigungen gespeiste Hass auf die deutschen Okkupanten mit der moralischen Entrüstung über die brutalen Festnahmen jüdischer Familien. Man kann zu Tränen gerührt sein, wenn man die damaligen an Pétain gerichteten Lageberichte der Präfekten<sup>1</sup> liest. Da ist von „tiefster Empörung der Mehrheit der Bevölkerung“ die Rede, von „plötzlichem Mitleid der meisten Einwohner für die Israeliten“, von „Gefühlsduselei der Masse, die die Gegner der Regierung (Pétains) ausschlachten“.<sup>2</sup> Man kann darüber in Wut geraten, dass all diese Beweise der Menschlichkeit in Artikeln österreichischer und deutscher Zeitungen über Frankreichs Kollaboration fast immer unerwähnt bleiben.

Der Stimmungsumschwung und die kirchlichen Proteste hatten einschneidende Folgen. Pétains Behörden widersetzten sich ab September 1942 dem Druck der deutschen Besatzer, die ständig nach mehr Juden für ihre Vernichtungslager gierten. Es wurden aber immer weniger Juden aufgegriffen. Um das Deportationsprogramm wieder anzukurbeln, beorderte der vormalige Österreicher Adolf Eichmann im Juni 1943 seinen Landsmann Alois Brunner mit einer ganzen Gruppe weiterer, aus Österreich stammender, erprobter Judenhäscher nach Paris. Die in der Fachliteratur als „Wiener Spezialisten“ bezeichnete Gruppe um Brunner versuchte durch frenetischen Eifer die Passivität der französischen Behörden wettzumachen.

In weiterer Hinsicht muss man, bei allen Vergleichsversuchen, den fundamentalen politgeschichtlichen Unterschied zwischen Österreich und Frankreich fixieren. Die NS-Bewegung hatte in Deutschland, aber wohl mehr noch in Österreich nach Ausschaltung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung 1934, einen politischen Triumphzug angetreten. Der psychosoziale Angelpunkt dieser Massenbewegung war der Judenhass. Die in Österreich halbspontane „braune Revolution“ legte den Grundstein für eine Form der allerbreitesten Massenloyalität, die der reine Terror von

---

<sup>1</sup> Der Präfekt ist der oberste Staatsbeamte und Regierungsrepräsentant im jeweiligen Verwaltungsbezirk Frankreichs.

<sup>2</sup> Klarsfeld Serge: Vichy – Auschwitz. Paris. Editions Fayard 1983. 1. Bd., 163 – 165.

oben nicht zustande gebracht hätte. Der Raub an den Juden und die schier unwiderstehlichen, anfänglichen militärischen Eroberungen festigten diese Loyalität. Als sich das Kriegsglück wendete, sahen sich viele, aus Angst vor einer Generalabrechnung für die im Namen einer völkischen Eliminierungs-Ideologie begangenen Verbrechen, auf Gedeih und Verderb an das NS-Regime gebunden. Die Niederlage wurde von etlichen Österreichern als Abschied von einer kollektiven Hoffnung und Notlösung akzeptiert, die sich schrittweise als gangbare Alternative entpuppen sollte.

Frankreichs Geschichte präsentiert sich im Vergleichszeitraum quasi spiegelverkehrt. Wohl gab es in der Zwischenkriegszeit expandierende faschistische Bewegungen, sie konnten aus eigener Kraft aber keine siegreiche Dynamik entfalten. Diese Kreise empfanden die Niederlage Frankreichs, im Juni 1940, mit den Worten eines ihrer Ideologen, als „*Divine surprise*“ (göttliche Überraschung). Erst diese Niederlage ermöglichte ihnen, im Schatten der Armeen Hitlers, den Griff zur Macht.

So gelangte der damals bereits 84 jährige Feldmarschall Pétain ans Ruder, nachdem ihm die Mehrheit der französischen Parlamentarier, unter dem Schock des militärischen Zusammenbruchs, Sondervollmachten überantwortet hatte (wodurch sich gleichzeitig das Parlament selber ausgeschaltet hatte). Aber Pétain war als General in Verdun im Ersten Weltkrieg populär geworden. Da er für einen schonenden Einsatz der Soldaten eingetreten war, genoss er das Vertrauen der linken Pazifisten. Dass er mittlerweile in faschistischen Geheimbünden verkehrte und eine „nationale Revolution“ anstrebte, wussten nur die wenigsten. Für die meisten Franzosen präsentierte sich die Kollaboration als Notlösung und Arrangement mit einem übermächtigen Sieger.

## **Verdrängung in Frankreich – NS-Erinnerungskultur in Österreich**

Bezüglich des in Österreich geläufigen Verhältnis zur NS-Vergangenheit schien mir der Begriff „Verdrängung“ immer schon unzureichend und letzten Endes verharmlosend: Die Tätergeneration, auf deren Repräsentanten ich in meinen Jugendjahren traf, rechtfertigte ja ihre Teilnahme am NS-Krieg und wahrte sie oft in stolzem Andenken – von Kameradschaftsbünden über „Landser“-Hefte und Gefallenendenkmäler (auf denen Widerstandskämpfer und hingerichtete Deserteure nicht aufscheinen) bis hin zu dem Bekenntnis des einstigen Staatspräsidenten Kurt Waldheim zu seiner Rolle als hochrangiger Wehrmachtsoffizier auf dem Balkan: „Ich habe nur meine Pflicht getan“.

Die NS-Ära oder zumindest einige ihrer Aspekte wurden als Familien- und Gemeinschaftsvermächtnis auf lokaler und manchmal sogar regionaler Ebene durchaus gepflegt. Die meisten vermieden es aber, dieses Vermächtnis allzu weit nach außen, also auf höchste öffentliche Ebene zu tragen. Diese Rücksichtnahme auf den offiziellen Diskurs der österreichischen Nachkriegsrepublik galt, solange die Republik ihrerseits dem halböffentlichen Erinnerungs-Brauchtum nicht allzu deutlich widersprach.

Bei einem Wien-Aufenthalt, im März 2000, also während der Sanktionen der übrigen EU-Regierungen gegen die damalige ÖVP-FPÖ-Koalition in Österreich, stieß ich wieder darauf: „Jörg Haider soll nicht über den Krieg reden, damit kommen wir im Ausland nicht durch“, meinte ein ehemaliger Schulkollege bei einem Klassentreffen. Auch das von FPÖ-Politikern und Konsorten damals in Umlauf gebrachte Schlagwort „Vernaderer“, das die Kritiker der schwarz-blauen Koalition als Vaterlandsverräter brandmarken sollte, beinhaltete ja keine Klage über eine Verleumdung, sondern das Eingeständnis, dass ein sehr wohl stattgefundenes Vergehen nicht nach außen getragen werden soll.

Wenn irgendwo der Begriff der „Verdrängung“ zutrifft, dann wohl in Frankreich: In den Nachkriegsjahren wurde in der öffentlichen Diktion, wie schon erwähnt, die Kollaboration als das alleinige Werk einer Clique von – abgeurteilten – „Landesverrättern“ dargestellt. Der Kampf zwischen den Sicherheitskräften (Polizei, Gendarmerie und Miliz) des Pétain-Regimes und den Gruppen der Résistance wurde im Rückblick nicht als innerfranzösischer Bürgerkrieg wahrgenommen. Wo französische Beamte oder Milizionäre gegen die Résistance gewütet hatten, war fast nur mehr von deutschen Okkupanten die Rede.

Allerdings hatte es knapp vor, während und nach der Befreiung Frankreichs eine überschäumende und stellenweise willkürliche Säuberung von unten gegeben. Diese wurde von der immensen Volksbewegung getragen, die die Résistance umgab und die in den letzten Kriegsjahren eine vergleichbare – politische – Dynamik entwickelt hatte, wie eben die NS-Bewegung in Österreich rund um den „Anschluss“.

Was in Frankreich historisch nachretuschiert wurde, war nicht die reale Massensympathie für die Résistance, sondern der Zeitpunkt ihres Beginns als organisierende Kraft zahlenmäßig bedeutsamer Gruppen und ihre militärische Effizienz. Tatsächlich setzte ein starker Zustrom von kampfbereiten jungen Männern erst ein, als Ende 1942 die Besatzer darangingen, ganze Jahrgänge zur Zwangsarbeit nach Deutschland (und daher auch in die „Ostmark“) zu verschleppen. Ein Teil der Betroffenen zog es vor, in die Wälder abzutauchen, in denen Widerstandsgruppen Unterschlupf gefunden hatten. Die militärische Schlagkraft der Résistance dürfte nur gegen Schluss knapp an die der Kollaborateure herangereicht haben.

Der heroisierende, antinazistische Gründungsmythos Nachkriegs-Frankreichs war aber nicht primär für den Außenbedarf angelegt, er wurde zum entscheidenden Kitt der nationalen französischen Post-Kriegs-Identität. Die Bevölkerung adoptierte diesen Mythos realiter und betrachtete dies nicht bloß als Tarnrhetorik gegenüber einem Sieger. Der Kult um die Résistance und die Exilstreitkräfte von General De Gaulle begrub bis ins letzte Dorf jeden Anflug von Erinnerungskultur an das Pétain-Regime. Damit war aber auch in der Gefühlswelt der Franzosen vorerst einmal klargestellt, wo Gut und Böse gestanden hatten – und damit konnte und musste eine Phase der konsensuellen Verdrängung und Beruhigung im Interesse des demokratischen Wiederaufbaus Frankreichs einsetzen.

Unterdessen hat aber das Pendel in Frankreichs öffentlicher Selbstdarstellung längst wieder in eine andere, selbstkritische Richtung ausgeschlagen. Medien, Historiker und Justiz zerrten seit Ende der 1970er Jahre vor allem die Rolle des Beamtenapparats bei der Judenverfolgung ins Rampenlicht. Die Verantwortung der Beamten war das eigentliche Tabu. Der sozialistische Präsident François Mitterrand (selber bis 1942 Beamter des Pétain-Regimes, anschließend Angehöriger der Résistance) hatte während seiner Amtszeit (1981 bis 1995) noch seine ganze Autorität in die Waagschale geworfen, um Prozesse gegen hohe Staatsdiener zu verhindern.

## **Chirac mutiger als Schüssel und forscher als Vranitzky**

Sein Nachfolger an der Staatsspitze, Jacques Chirac, war da anders. Der bürgerliche Präsident, der aus der gaullistischen Bewegung kam, hielt gleich nach seinem Amtsantritt 1995 eine Rede bei einer Gedenkzeremonie für jene 13.000 Juden, die im Juli 1942 – im Auftrag der deutschen Besatzer, aber ausgeführt durch die französische Polizei – festgenommen und in ein Radstadion gepfercht worden waren, um später deportiert zu werden. „Frankreich hat an jenem Tag eine nie wieder gutzumachende Tat begangen“, erklärte Chirac. Die Teilnahme an der Judenverfolgung würde „für immer die Geschichte der Nation besudeln“. Gegenüber den Opfern gebe es eine „untilgbare Schuld“.

Im Vergleich dazu war die, Anfang 2000, vom damaligen österreichischen Bundeskanzler Wolfgang Schüssel wieder aufgewärmte österreichische Opfermär ziemlich würdelos.<sup>3</sup> Aber auch die – in Österreich wohl zu Recht als historischer Durchbruch gefeierte – Rede des SPÖ-Bundeskanzlers Franz Vranitzky vor dem Nationalrat im Juli 1991 wirkte eher vorsichtig neben Chiracs nationalem Schuldbekenntnis für Frankreich.<sup>4</sup>

---

<sup>3</sup> Wolfgang Schüssel in einem Interview in der „*Jerusalem Post*“, 9.11.2000: „Der souveräne österreichische Staat war das erste Opfer des Nazi-Regimes. Die Nazis nahmen Österreich mit Gewalt. Die Österreicher waren das erste Opfer. Natürlich vermindert das keineswegs Österreichs moralische Verantwortung“. Mit diesen Formulierungen suggeriert Schüssel, die Auflösung Österreichs als Staat habe „die Österreicher“ zu Opfern der Nazis gemacht, und unterschlägt dabei die damalige Kraft des Anschlusswunsches in Österreich.

<sup>4</sup> Die Kernsätze von Vranitzky lauteten: „Viele (Österreicher) haben Widerstand geleistet... Aber wir dürfen auch nicht vergessen, dass es nicht wenige Österreicher gab, die im Namen dieses Regimes großes Leid über andere gebracht haben...“(…) „...müssen wir uns auch zur anderen Seite unserer Geschichte bekennen: zur Mitverantwortung für das Leid, das zwar nicht Österreich als Staat, wohl aber Bürger dieses Landes über andere Menschen und Völker gebracht haben“. (...) „Viele Österreicher waren an den Unterdrückungsmaßnahmen und Verfolgungen des Dritten Reichs beteiligt, zum Teil an prominenter Stelle“. (...) „...haben wir uns für die bösen (Taten unserer Geschichte) zu entschuldigen – bei den Überlebenden und bei den Nachkommen der Toten“. Kommentatoren sahen in dieser Rede ein erstmaliges Bekenntnis, 46 Jahre nach Kriegsende, eines österreichischen Regierungschefs zur historischen Mitverantwortung Österreichs für die NS-Verbrechen. Allerdings erfolgte diese Rede ursprünglich nicht, um eine Grundsatzerklärung zur NS-Vergangenheit abzugeben, sondern um die Haltung Österreichs zum Krieg in Jugoslawien darzustellen. Vranitzky nützte diese Themenstellung, um auch Österreichs Vergangenheit zu erörtern. Damit reagierte er gleichzeitig auf den, ein Monat zuvor getätigten Spruch von Jörg Haider über die „ordentliche Beschäftigungspolitik des Dritten Reichs“.

Chiracs Mut zeigte sich aber vor allem darin, dass er mit einem Glaubenssatz des Gaullismus brach, an den sich sein linker Vorgänger Mitterrand noch geklammert hatte. Dieser lautete: Frankreichs Republik habe mit dem Kollaborationsregime aufgehört zu existieren, ihre nach der Befreiung auferstandenen Institutionen könnten für die in der Zwischenzeit erfolgten Vergehen französischer Beamter nicht verantwortlich gemacht werden. Das ist – vor dem Hintergrund der deutschen Besatzung – auch nicht von der Hand zu weisen, außer dass eben das Parlament durch seine Selbstausschaltung Frankreich in die Hände von Pétain gelegt hatte, und dass der vor- und nachmalige Behördenapparat der Republik auch dem Pétain-Regime gedient hatte. Gemessen aber an den zuvor geschilderten Reaktionen auf die Judenverfolgung während der Besatzungszeit, erscheint die kollektive Schuldzuweisung an „Frankreich“ durch Chirac überzogen.

Trotzdem erklärten sich bei einer Umfrage 72 Prozent der Franzosen mit der Formel von Chirac über „Frankreichs Verantwortung für die Deportation der Juden“ einverstanden. Polizei- und Gendarmerieverbände folgten mit Reueerklärungen. 1997 gab die französische Bischofskonferenz eine „Sühne“-Erklärung ab, weil sich die katholische Kirchenführung (trotz der Proteste aus ihren Reihen gegen die Juden-Razzien) der antijüdischen Ideologie des Pétain-Regimes kaum widersetzt hatte.

Höhepunkt dieser kollektiven Einkehr war der Prozess gegen Maurice Papon, einen pensionierten Politiker aus den Reihen der Gaullisten. Papon hatte zwar als hoher Beamter unter der deutschen Besatzung in Bordeaux gewirkt und in dieser Funktion die Deportation von 1690 Juden organisiert. Nach dem Krieg fand er aber, wegen Hilfsdiensten für die Résistance, bei den Gaullisten Aufnahme und wurde später sogar Minister (1978 – 1981). Erst in den achtziger Jahren wurde seine einstige Rolle publik. Das gegen ihn angestrebte Verfahren wurde aber ständig, nicht zuletzt durch Mitterrand, hinausgezögert. 1998 kam er dann doch in Bordeaux vor Gericht, wo der 89jährige zu einer zehnjährigen Haftstrafe verurteilt wurde.

Der sechsmonatige Prozess wurde zu einem Geschichtskurs für die Nation. Die Öffentlichkeit nahm breitesten Anteil, Dutzende Schulklassen saßen abwechselnd im Gerichtssaal, alle Aspekte der Judenverfolgung wurden von Historikern im Zeugenstand detailliert aufgerollt. Papon umgab ein Klima der Ächtung, das schuldbeladenere NS-Verbrecher im deutschen Raum wohl nie erlebt hatten: Erst fand er kein Hotel, das ihn beherbergen wollte (er stand während des Prozesses auf freiem Fuß), und als er ins Gefängnis eingeliefert wurde, empfingen ihn die Häftlinge mit Buhrufen.

Chiracs Sühne-Erklärung trug seine ungestüme Handschrift<sup>5</sup>, sie war aber auch der symbolische Ausdruck dieser umfassenden kollektiven historischen Introspektion.

---

<sup>5</sup> Jacques Chirac erwies sich während seiner gesamten Amtszeit und in den unterschiedlichsten Bereichen (französische Atomtests im Pazifik, Bombardements serbischer Stellungen im Krieg in Ex-Jugoslawien, diplomatische Sanktionen gegen die ÖVP-FPÖ-Koalition in Wien, Eklat in Ostjerusalem gegen Israels Besatzungspolitik...) als Draufgänger, der den Spitznamen „Der Bulldozer“ verliehen bekam.

## Ein „hinderliches Geschenk“ von Sarkozy

Der Amtsantritt von Präsident Nicolas Sarkozy im Mai 2007 markierte wiederum ein neues, tendenziell schwierigeres Kapitel im Umgang mit dem Holocaust. Die Prämissen dazu hatten sich schon in den letzten Jahren unter Chirac abgezeichnet.

Die zweite palästinensische „*Intifada*“ im Jahr 2000 stieß unter der franko-arabischen und muslimischen Jugend in Frankreich auf großen Widerhall. Frankreich zählt in Europa sowohl die zahlreichsten Muslime (rund fünf Millionen) als auch die meisten Juden (etwa 600.000). Beide Gruppen stammen familiengeschichtlich in ihrer Mehrheit aus Frankreichs Ex-Kolonien in Nordafrika. Vor allem in sozialen Krisenvierteln, wo Muslime und Juden vielfach Tür an Tür wohnen und arbeiten, kam es serienweise zu antijüdischen Gewaltakten.

Stellenweise scheidet inzwischen die Erörterung des Holocausts im Schulunterricht an der Reaktion muslimischer Schüler. Das sind aber keine Regelfälle. Etliche muslimische Schüler und Lehrer engagieren sich wiederum besonders bei Unterrichtsinitiativen über die Judenverfolgung.

Über die Spannungen um den Nahost-Konflikt hinaus, verbreiteten anti-jüdische Hetzgruppen diverser Provenienz unter franko-arabischen, franko-afrikanischen und franko-karibischen Jugendlichen besonders perfide Verleumdungen: „die Juden“ würden, um ihre eigene Leidensgeschichte hervorstreichen, dafür sorgen, dass man die Opfer des Kolonialismus und der Sklaverei missachte. Auch die gegenwärtige Benachteiligung der franko-arabischen und franko-afrikanischen Bevölkerung wird von diesen Gruppen „den Juden“ angelastet.

Diese Vorwürfe sind ist umso niederträchtiger, als die Anti-Rassismus-Organisationen, die sich vorwiegend der Diskriminierung der arabischen und afrikanischen Bevölkerung in Frankreich widersetzen, vielfach von Aktivisten aus jüdischen Familien mitbegründet wurden und weiterhin getragen werden.

Präsident Jacques Chirac, der als Gegner des US-Kriegs im Irak und als heftiger Kritiker der israelischen Besatzungspolitik die Sympathien der franko-arabischen Bevölkerung erworben hatte, zeigte sich gleichzeitig extrem wachsam gegenüber anti-jüdischen Übergriffen. Er prägte den Satz: „Wer einen Juden angreift, greift Frankreich an“.

Bei seinem Nachfolger Sarkozy kam – anfänglich – ein besonders verständnisvoller Umgang mit der israelischen Regierung hinzu (eine Haltung, von der Sarkozy auf Grund der Unnachgiebigkeit der israelischen Führung wieder abgerückt ist).

Nicolas Sarkozy entstammt über seinen Großvater mütterlicherseits einer jüdisch-griechischen Familie, die unter der Nazibesatzung Griechenlands größtenteils ermordet wurde. Sarkozy ist zwar ein praktizierender Katholik, er signalisierte aber mehrfach,

dass er sich dem tragischen Vermächtnis seines jüdischen Familienzweigs besonders verpflichtet fühlt. Obwohl sich Sarkozy in seiner Wahlkampagne 2007 mehrfach zu diesen Wurzeln bekannt hatte, nahm Frankreichs Öffentlichkeit davon kaum Notiz.

Allerdings sorgte Sarkozy für Unbehagen, als er im Juni 2008 erklärte, er wünsche, dass man in Hinkunft allen Volksschülern im „Cours moyens 2“ (entspricht der obersten Volksschulklasse, 10 bis 11 Jährige) „die Erinnerungspflege für jeweils eines der 11.000 französischen Kinder, die zu Opfern der Shoah wurden, anvertraue“.

Obwohl Sarkozy diese Ankündigung beim alljährlichen Empfang des CRIF (des Dachverbands der jüdischen Organisationen) machte, reagierten die meisten jüdischen Persönlichkeiten ablehnend. Im Magazin „*Actualité juive*“ kritisierte Chefredakteur Serge Benatar eine „unüberlegte und hinderliche Freundschaftsbezeugung“. Benatar warnte vor einer Aufschaukelung der Rivalität der Leidensgeschichten zwischen Juden und Muslimen. Gleichzeitig beklagte er, Sarkozy habe in keiner Weise die zuständigen Lehrer, Psychologen, Historiker und Opferverbände zu Rate gezogen.

Aus Lehrerkreisen hagelte es ähnliche Reaktionen nicht zuletzt, weil an etlichen Schulen bereits seit langem Recherche-Arbeiten in Zusammenhang mit deportierten Kindern stattfinden, und weil Frankreichs Lehrpläne eine vergleichsweise intensive Beschäftigung mit dem Holocaust vorsehen. Seit 2002 firmiert im Geschichtsunterricht des „Cours moyen“ die „Massenvernichtung der Juden und Zigeuner“ als Schwerpunkt. Mit Verspätung, ab 2007, wurde auch die Verschleppung von Sklaven aus Afrika in Frankreichs Karibikbesitzungen zu einem Schwerpunkt des „Cours moyen“. Holocaust und Sklaverei stehen außerdem in höheren Schulstufen noch mehrfach auf dem Lehrplan.

Sarkozy vermittelte den Eindruck, er wolle sich die Erinnerungsarbeit um die Judenverfolgung politisch einverleiben. Gemäß einer verqueren Logik verstärkte dieses Engagement von Sarkozy bei einem Teil seiner Gegner ein latentes Widerstreben gegen die Beschäftigung mit dem Holocaust.

Übrigens hatte Sarkozy schon bei seinem Amtsantritt in ähnlicher Weise die Erinnerungstradition um die Résistance für sich beanspruchen wollen. Damals verordnete er in allen Schulklassen zu Beginn des Schuljahrs das Vorlesen des Abschiedsbriefs eines Résistance-Angehörigen aus den Reihen der KP, der als 17jähriger 1941 hingerichtet worden war. Bei linken Résistance-Veteranen ortete man einen politischen Usurpationsversuch, in Lehrerkreisen kritisierte man eine pädagogisch ungeschickte Vorgabe.

Sarkozys Initiativen im Bereich der Erinnerungskultur gehen mit einer nationalkonservativen Stoßrichtung einher, die ansatzweise jene historischen Tabus zu rehabilitieren versucht, die vor der Revolte des Mai 1968 galten – einen Umbruch, den Sarkozy als Grundübel der französischen Gesellschaft betrachtet. So forderte Sarkozy, Frankreich müsse sich von einer angeblichen „Kultur der Schuld“ wieder lösen. Damit

zielte er vor allem auf die Kolonialgeschichte. Aber seine Kampagne für mehr Nationalstolz schmälert auch, tendenziell, die Bedeutung, die der Mitverantwortung des französischen Behördenapparats bei der Deportation der Juden inzwischen beigemessen wird. Eine Bestätigung für diese Ableitflächen sahen Sarkozys Gegner, als er im November 2008 eine EU-Konferenz zur aktuellen, restriktiven Politik gegenüber Migranten ausgerechnet in Vichy veranstalten ließ.

Insgesamt hat die Bereitschaft der französischen Öffentlichkeit, den Holocaust und seine französischen Komponenten als fundamentale historische Erfahrung zu wahren, sowohl den problematischen Einverleibungsversuchen durch Sarkozy als auch der gefährlichen Strahlwirkung des Nahostkonflikts weitgehend standgehalten. Auch die Mahntafeln zumindest an jenen Schulen, an denen ich vorbeikomme, blieben bisher, trotz häufiger Graffitis und Vandalismus in ihrer Umgebung, ungeschändet.